

EURO-LETTER

Nr. 124

September 2005

Der Euro-Letter wird von der ILGA-Europa – Der Europäische Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands - [ILGA-Europe - the European Region of the International Lesbian and Gay Association] mit Unterstützung von der Europäischen Gemeinschaft – Die Europäische Union gegen Diskriminierung – veröffentlicht.

Herausgeber: Juris Lavrikovs

Kontakt zum Euro-Letter: euroletter@ilga-europe.org

Sie können den Euro-Letter [in Englisch] per E-Mail bekommen, wenn Sie eine Mitteilung ohne Text senden an: euroletter-subscribe@yahoogroups.com

Alle Euro-Letter [in Englisch] sind im Internet zugänglich unter: <http://www.steff.suite.dk/eurolet.htm>

Dieser Euro-Letter ist im pdf-Format abrufbar unter: http://www.steff.suite.dk/eurolet/eur_124.pdf

Portugiesische Übersetzungen sind verfügbar unter: <http://www.steff.suite.dk/eurolet.htm>

Deutsche Übersetzungen sind verfügbar unter: <http://www.lglf.de/ilga-europa/euro-letter/index.htm>

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Position oder die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

In dieser Ausgabe

- **JAHRESKONFERENZ DER ILGA-EUROPA IN PARIS, 26. BIS 30. OKTOBER 2005**
- **BERICHTE ZUR GLEICHSTELLUNG UND ANTIDISKRIMINIERUNG IM JAHR 2005**
- **LETTLAND IST DER EINZIGE EU-STAAAT, DER DIE DISKRIMINIERUNG SEXUELLER ORIENTIERUNG IN DER BESCHÄFTIGUNG NICHT VERBIETET**
- **AUSLÄNDISCHE SCHWULE PAARE KÖNNEN IN SPANIEN HEIRATEN**
- **TSCHECHISCHER GESETZENTWURF ZUR EINGETRAGENEN PARTNERSCHAFT MACHT FORTSCHRITTE**
- **LETTISCHER MINISTERPRÄSIDENT ANTWORTET AUF KRITIK AN DER PRIDE PARADE IN RIGA**
- **DAS RECHT, ANDERS ZU SEIN: INTERNATIONALE KONFERENZ ZU LGBT-RECHTEN**
- **"MAPPING"-STUDIE ÜBER BESTEHENDE NATIONALE RECHTSVORSCHRIFTEN UND IHRE AUSWIRKUNGEN BEI DER BEKÄMPFUNG VON DISKRIMINIERUNGEN - AUßERHALB DES BEREICHS BESCHÄFTIGUNG UND BERUF**
- **EUROPÄISCHES PARLAMENT WILL PROGRESS IM PLENUM DISKUTIEREN**
- **AUFPOLIERTE WEBSITE VON "STOP-DISCRIMINATION" JETZT ONLINE**
- **DEN EU-PROZESS DER SOZIALEN EINBEZIEHUNG VORAN BRINGEN**
- **EIN LEITFADEN FÜR NGOS, UM AN FÖRDERMITTEL DER EU ZU KOMMEN**
- **ZENTRAL- UND OSTEUROPÄISCHER FUNDRAISING-ARBEITSKREIS**

Quelle: http://www.steff.suite.dk/eurolet/eur_124.pdf * Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern *
In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBT = Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender); EG = Europäische Gemeinschaft(en); EU = Europäische Union; NGO = nichtstaatliche Organisation.

JAHRESKONFERENZ DER ILGA-EUROPA IN PARIS, 26. BIS 30. OKTOBER 2005

Die Vorbereitungen für die Jahreskonferenz der ILGA-Europa sind auf gutem Weg. Sie findet dieses Jahr in Paris statt und die Stadt der Lichter soll Gastgeberin einer der großartigsten Veranstaltungen auf den Kalendern von LGBT-Aktivisten/innen sein. Die diesjährige Jahreskonferenz bricht jetzt schon mit der Tradition, um so besser. Eine große Konferenz in Paris auszurichten, ist eine ziemliche Herausforderung, aber jetzt schon versichert das lokale Organisationsteam in Paris, dass es der Herausforderung gerecht werden wird.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, das Bestehen der Minisite der Konferenz 2005 in Paris hervorzuheben. Die Website ist erweitert worden, um alles, von alltäglichen Touristeninformationen über Paris über Anmeldeformulare aller Art bis hin zu einer kurzen Information über die Themen der Konferenz in diesem Jahr, zu umfassen. Die Minisite der Konferenz ist "der" Angelpunkt, um sich über die Konferenz zu informieren. Angesiedelt unter: <http://www.ilga-europe.org/conference/Paris> wird die Minisite der Konferenz ständig mit neuen Informationen auf den aktuellen Stand gebracht.

Wir freuen uns darauf, Sie in Paris zu treffen, wo wir gemeinsam "la vie en rose" ["das süße Leben"] im wahrsten Sinne des Wortes leben werden.

BERICHTE ZUR GLEICHSTELLUNG UND ANTIDISKRIMINIERUNG IM JAHR 2005

Der [Jahresbericht 2005 zu Gleichbehandlung und Antidiskriminierung](#) ist jetzt als Download in Englisch verfügbar (alle anderen Sprachen werden folgen) [in deutscher Sprache]:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/fundamental_rights/pdf/pubst/annualrep05_de.pdf.

Dieser Bericht wurde von der Antidiskriminierungsabteilung der Europäischen Kommission [Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Referat D.3] veröffentlicht, und es wird darin über den Fortschritt berichtet, der im vergangenen Jahr in der Gesetzgebung und Politik zur Antidiskriminierung sowohl auf der Ebene der EU als auch der Mitgliedstaaten gemacht wurde. Insbesondere wird darin ein Blick auf einige der von der EU unterstützten Aktionen zur Bekämpfung der weit verbreiteten Ausgrenzung und Diskriminierung, denen Roma-Gemeinwesen überall in Europa ausgesetzt sind, geworfen.

Die Kommission hat kürzlich auch eine Broschüre veröffentlicht, die sich auf das Thema [Gleiche Rechte in der Praxis: Wichtige Stimmen 2005](#) konzentriert. Sie enthält Artikel von verschiedenen Akteuren/innen, einschließlich praktizierenden

Rechtsanwälten/innen, NGO-Aktivisten/innen, Repräsentanten/innen von nationalen Gleichstellungseinrichtungen und Gewerkschaften. Die Broschüre ist in allen zwanzig offiziellen EU-Sprachen verfügbar. Siehe:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/fundamental_rights/public/pubst_en.htm [auf Englisch] für beide Berichte in anderen Sprachen.

LETTLAND IST DER EINZIGE EU-STAAAT, DER DIE DISKRIMINIERUNG SEXUELLER ORIENTIERUNG IN DER BESCHÄFTIGUNG NICHT VERBIETET

Am 07. Juli 2005 veröffentlichte die Antidiskriminierungsabteilung der Europäischen Kommission ihren [Jahresbericht 2005 zu Gleichbehandlung und Antidiskriminierung](#).

In dem Bericht wird geprüft, wie die EU-Mitgliedstaaten die gesetzlichen Anforderungen der beiden im Jahr 2000 verabschiedeten Richtlinien umgesetzt haben – die Antirassismusrichtlinie (2000/43/EG), die Diskriminierung aufgrund der "Rasse" oder der ethnischen Herkunft in den meisten Bereichen des Alltagslebens verbietet und die Gleichbehandlungsrichtlinie in Beschäftigung und Beruf (2000/78/EG), die Diskriminierung wegen der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung in Beschäftigung und Ausbildung verbietet.

Nach dem Bericht ist Lettland der einzige Staat, der die gesetzlichen Anforderungen der Gleichbehandlungsrichtlinie in Beschäftigung und Beruf nicht vollständig umgesetzt und Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung nicht ausdrücklich verboten hat. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung in der Beschäftigung wurde in allen anderen 24 EU-Mitgliedstaaten [in Deutschland noch nicht] sowie in Rumänien und Bulgarien verboten, die noch EU-Bewerberstaaten sind.

Alle früheren Vorschläge der lettischen Regierung zum Verbot von Diskriminierung sexueller Orientierung in der Beschäftigung wurden von der Kommission für Menschenrechte und öffentliche Angelegenheiten im lettischen Parlament zurück gewiesen.

Am 19. Juli 2005 verabschiedete die lettische Regierung jetzt noch einen weiteren Änderungsantrag für das Arbeitsgesetz, um sexuelle Orientierung in die Bestimmungen zur Antidiskriminierung des Arbeitsgesetzes einzubeziehen, aber der Änderungsantrag muss vom Parlament gebilligt werden. Es wird erwartet, dass die Kommission für Menschenrechte und öffentliche Angelegenheiten des lettischen Parlaments diesen Änderungsantrag im September 2005 diskutieren wird.

Am 29. April 2005 urteilte der lettische Gerichtshof, dass die Verweigerung einer Beschäftigung für einen schwulen Mann wegen seiner sexuellen Orientierung rechtswidrig wäre (Fall Maris Sants pret Rigas Kulturu viduskolu, Nr. C32242904047505, C-475/3). Trotzdem ist Lettland durch das EU-Recht verpflichtet, sexuelle Orientierung ausdrücklich unter den verbotenen Beweggründen für Diskriminierung aufzuführen.

In der Tat versäumt Lettland erneut, die EU-Richtlinie zu erfüllen, die Europäische Kommission könnte gegen Lettland beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg wegen unvollständiger Umsetzung der Richtlinie gerichtlich vorgehen und Lettland könnte sich empfindlichen Geldstrafen ausgesetzt sehen.

AUSLÄNDISCHE SCHWULE PAARE KÖNNEN IN SPANIEN HEIRATEN

Von Rex Wockner

Spaniens Justizministerium entschied am 08. August, dass in Spanien lebende ausländische gleichgeschlechtliche Paare dort die Ehe schließen können.

"Eine Eheschließung zwischen einem/r Spanier/in und einem/r Ausländer/in, oder zwischen in Spanien niedergelassenen Ausländern/innen des gleichen Geschlechts ist als Folge der Anwendung geltenden spanischen Rechts auch dann rechtsgültig, wenn die nationale Gesetzgebung des/r Ausländers/in die Gültigkeit solcher Eheschließungen nicht gestattet oder anerkennt", erklärte die Regierung.

Ähnliches Recht gilt in zwei der anderen drei Staaten, die gleichgeschlechtliche Eheschließungen gestatten: den Niederlanden und Belgien. In dem vierten, Kanada, können sogar Besucher/innen heiraten, indem sie eine Genehmigung kaufen und den Bund fürs Leben am gleichen Tag schließen – außer in Quebec, wo eine kurze Wartezeit vorgesehen ist.

TSCHECHISCHER GESETZENTWURF ZUR EINGETRAGENEN PARTNERSCHAFT MACHT FORTSCHRITTE

Prague Daily Monitor [Prager Tagesanzeiger]

Am 27. Juni billigte das Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf zur eingetragenen Partnerschaft in erster Lesung und verwies ihn an den Ausschuss.

In den vergangenen zwei Jahren lehnten die Abgeordneten zwei ähnliche Gesetzentwürfe ab und verwiesen einen zur Vervollständigung zurück.

Die Gesetze zur homosexuellen Partnerschaft sind in mehreren EU-Mitgliedstaaten in Kraft. Im April verabschiedete das spanische Parlament einen Gesetzentwurf, der es gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht, zu heiraten und Kinder zu adoptieren, was der tschechische Gesetzentwurf nicht erlaubt.

Die Regierungsparteien, die Hauptregierungspartei der Sozialdemokraten (CSSD) und zwei kleinere Parteien, die Christdemokraten (KDU-CSL) und die Freiheitsunion (US-DEU), sind bei der Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften nicht einer Meinung.

Die Christdemokraten sind traditionell Gegner von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Sie sind der Überzeugung, der Gesetzentwurf schwäche die traditionelle Familie.

Diese Debatte über den Gesetzentwurf unterschied sich nicht von den früheren parlamentarischen Debatten über das Thema.

"Lassen Sie uns die Grundfesten der menschlichen Gesellschaft nicht unverantwortlich antasten", erklärte der KDU-CSL-Abgeordnete Vilem Holan.

Außenminister Cyril Svoboda erklärte, dass "das Einzige, das zu unserer Gesellschaft beiträgt, ist, zu den konservativen Werten zu stehen."

Tatana Fischerova (US-DEU), eine der Verfasserinnen des Gesetzentwurfs, erklärte, die Angst vor dem Gesetz entbehre jeglicher Grundlage. "Sind wir wirklich davon bedroht, unsere kulturellen und familiären Bindungen in großem Stil wegen des Gesetzes ändern zu müssen? fragte sie und antwortete "Nein".

Der Gesetzentwurf war von Vertretern/innen aller Fraktionen außer der KDU-CSL unterzeichnet. Die Verfasser/innen legten ihn vor, obgleich die frühere Fassung erst kürzlich vom Repräsentantenhaus abgelehnt worden war.

Es wird allgemein erwartet, dass der Gesetzentwurf mehr Stimmen von links orientierten Abgeordneten erhält. Aber laut neueren öffentlichen Umfragen wird die Hauptoppositionspartei, die rechtsgerichtete Demokratische Bürgerpartei (ODS) als Widersacherin des Gesetzentwurfs ihre Position im Repräsentantenhaus nach den nächsten Parlamentswahlen Mitte 2006 beträchtlich stärken.

Deshalb teilen Unterstützer/innen der eingetragenen Partnerschaft Befürchtungen, dass sich die Chancen, den Gesetzentwurf zur eingetragenen Partnerschaft zu verabschieden, nach den Wahlen wegen einer höheren Anzahl konservativer Abgeordneter im Repräsentantenhaus verringern würden.

Der Gesetzentwurf gestattet gleichgeschlechtlichen Paaren, auf dem Standesamt offiziell Beziehungen einzugehen und aufzulösen und gewährleistet das Recht auf Informationen über den Gesundheitszustand des/r Partners/in. Der Gesetzentwurf würde außerdem eine gegenseitige Verpflichtung für Unterhaltszahlungen einführen.

Ministerpräsident Jiri Paroubek (CSSD) erklärte vor Kurzem, dass er Mitglieder der CSSD-Fraktion vor der nächsten Sitzung des Repräsentantenhauses auffordern würde, für den Gesetzentwurf zur eingetragenen Partnerschaft zu stimmen.

Er reagierte auf einen offenen Brief, in dem die Schwulen- und Lesbenliga ihn aufforderte, den Gesetzentwurf zu unterstützen, kurz nachdem er sein Amt als Ministerpräsident im April angetreten hatte.

LETTISCHER MINISTERPRÄSIDENT ANTWORTET AUF KRITIK AN DER PRIDE PARADE IN RIGA

In Folge der antischwulen Kampagne rund um die erste lettische Pride-Parade schrieb Oscar Schwartz, ein schwedischer Internetunternehmer, Volkswirtschaftler und Schriftsteller, einen offenen Brief an den lettischen Ministerpräsidenten, um sein Bedauern über die Erklärung des Ministerpräsidenten zum Ausdruck zu bringen, die beträchtlich zum Paradeverbot durch den Stadtrat von Riga beigetragen hatte. Heute wurde auf der schwedischen Website www.qx.se eine Antwort des lettischen Ministerpräsidenten an Oscar Schwartz veröffentlicht: <http://www.qx.se/nyheter/artikel.php?artikelid=3857>

"Lieber Oscar Schwartz!

Danke für Ihre Meinungsäußerung zur Parade sexueller Minderheiten, die am 23. Juli 2005 in Riga stattfand. Ich muss mein Bedauern über die schädliche Aufregung zum Ausdruck bringen, die infolge meines Interviews mit dem LNT-Fernsehprogramm "900 Sekunden" erzeugt wurde. Es gab Versuche, meine Erklärungen mit Äußerungen homosexuellenfeindlicher Ansichten und homosexuellenfeindlichen Hasses in der Gesellschaft in Verbindung zu bringen. Das ist nicht wahr.

Die Bedenken, die ich in dem Interview zu einem möglichen Anwachsen von Spannungen innerhalb der Gesellschaft und zu Versuchen einiger extremistischen Elemente, diese Parade zum Anzetteln von Konflikten zu benutzen, zum Ausdruck brachte, waren ausführlich begründet. Die Informationen, die ich über geplante illegale Aktivitäten hatte, waren alarmierend genug. Gleichzeitig muss ich zugeben, dass der Verwaltungsdirektor des Rigaer

Stadtrats überstürzt handelte, als er die vorher erteilte Genehmigung zurückzog. Das kann man dem Urteil des Gerichtshofs entnehmen, der die Durchführung der Parade gestattete. Das kann man auch aus dem hochprofessionellen und erfolgreichen Polizeieinsatz ersehen, der die Sicherheit der Paradeiteilnehmer/innen und die öffentliche Ordnung sicherstellte und Schlägereien sowie Aufruhr vorbeugte. Einzelpersonen, die als Rowdies auftraten, wurden festgenommen und angemessene Strafen gegen sie verhängt. Ich denke, dass die Ereignisse, die während der Parade stattfanden, das Ergebnis von Missverständnissen und unnötiger Konfrontation von Ansichten waren. Ich hoffe, dass zukünftig in solchen Situationen der erforderliche Kompromiss durch eine vorausgehende Auswahl einer geeigneten Zeit und eines geeigneten Orts gefunden wird.

Ich möchte sagen, dass Lettland ein demokratischer Staat ist, der sich wünscht und in der Lage ist, die Menschenrechte aller hier lebenden Menschen zu gewährleisten. In einem demokratischen Land wird auf die unterschiedlichsten Ansichten gehört und die Regierung Lettlands stellt sich klar gegen jede Art von Diskriminierung. Es ist erwähnenswert, dass kurze Zeit vor der Parade das Ministerkabinett Entscheidungen billigte, um der Diskriminierung sexueller Minderheiten auf dem Arbeitsmarkt vorzubeugen.

Ich möchte wiederholen, dass die Regierung Lettlands sich niemals von den Prinzipien der Demokratie zurückgezogen hat und das ihr gesamtes Handeln darauf abzielt, jede/n Bürger/in Lettlands zu schützen, indem sie Intoleranz gegenüber ethnischer Zugehörigkeit und Personen, die Hass aus nationalen oder irgendwelchen anderen Beweggründen schüren, zu bekämpfen.

Hochachtungsvoll,

Aigars Kalvitis
Ministerpräsident der Republik Lettland

DAS RECHT, ANDERS ZU SEIN: INTERNATIONALE KONFERENZ ZU LGBT-RECHTEN

Präsentiert von den ersten World Outgames, Montreal 2006, 26. bis 29. Juli 2006, Palais de Congrès (Kongresszentrum), Montreal (2000 Teilnehmer/innen!!!)

Diese auf keinen Fall zu versäumende Konferenz beginnt in 11 Monaten und 22 Tagen von heute an! Sie wird 7 Vollversammlungen mit prominenten Hauptsprechern/innen aus aller Welt und 5 Arbeitskreiserien mit bis zu 75 Arbeitskreisen pro Serie oder bis zu 375 Arbeitskreisen insgesamt umfassen.

Joke Swiebel (offen lesbische Abgeordnete des Europäischen Parlaments, 1999 – 2004) und ich [Robert Wintemute] sind Ko-Präsidenten des Internationalen Wissenschaftlichen Komitees, das den Inhalt der Konferenz organisiert.

(1) Wenn Sie sich in einem Arbeitskreis auf der Konferenz äußern möchten, sehen Sie sich bitte den Aufruf zu Vorschlägen an [auf Englisch]:

(http://www.montreal2006.org/Call_for_Proposals_Montreal2006.pdf).

Bitte folgen Sie den Anleitungen in dem Aufruf und senden Ihren Vorschlag (vorzugsweise für ein Podium mit drei oder vier Sprechern/innen) an:

conference@montreal2006.org

(Cc: robert.wintemute@kcl.ac.uk),

wenn möglich bis zum 27. August 2005 (damit sie auf dem Treffen des wissenschaftlichen Komitees der Konferenz in Montreal am 01. bis 03. September 2005 berücksichtigt werden können) und auf keinen Fall nach dem 31. Oktober 2005. Die Konferenz ist durchgehend interdisziplinär und keinesfalls auf Rechtsanwälte/innen, Akademiker/innen oder Aktivisten/innen beschränkt.

(2) Nachdem Sie Ihren Vorschlag gesendet haben, sollten Sie und alle anderen Sprecher/innen Ihres Arbeitskreises sich zur Konferenz anmelden, indem Sie die gleiche Vorgehensweise wie für die Outgames anwenden [auf Englisch]

(http://www.montreal2006.org/en_register_now.html)

und die Anmeldegebühr für die Konferenz [auf Englisch]:

(http://www.montreal2006.org/en_registration_fee.html)

bezahlen. Bedauerlicherweise müssen sich Teilnehmer/innen, die nicht für das Outreach-Programm in Frage kommen (weitere Informationen darüber später; es ist hauptsächlich für Teilnehmer/innen aus Afrika, Asien, Osteuropa und Lateinamerika gedacht. eine alternative Finanzierungsquelle für ihre Anmeldegebühr, Reise- und Übernachtungskosten suchen (zum Beispiel eine Regierungs- oder Nichtregierungsorganisation, private Stiftung, Gewerkschaft oder Universität).

(3) Wenn Sie an der Konferenz teilnehmen möchten, ohne als Sprecher/in aufzutreten, sind Sie hoch willkommen! Sie brauchen nicht auf den Aufruf zu Vorschlägen reagieren. Sie brauchen sich nur anzumelden (siehe (2) oben).

(4) Ob Sie nun planen, als Sprecher/in oder sonstige/r Teilnehmer/in an der Konferenz teilzunehmen oder an der Konferenzteilnahme verhindert sind, **bitte leiten Sie diese Mitteilung an alle weiter, die Ihrer Meinung nach an der Konferenz interessiert sein könnten.** Wenn Sie das bereits getan haben, tun Sie es bitte erneut als Erinnerung, jetzt, wo die Eröffnung der Konferenz weniger in weniger als einem Jahr stattfindet.

"MAPPING"-STUDIE [BESTANDSAUFNAHME UND EINORDNUNG] ÜBER BESTEHENDE NATIONALE RECHTSVORSCHRIFTEN UND IHRE AUSWIRKUNGEN BEI DER BEKÄMPFUNG VON DISKRIMINIERUNGEN - AUßERHALB DES BEREICHS BESCHÄFTIGUNG UND BERUF

Es ist das Hauptziel dieser Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, die Kommission mit unabhängigen und maßgeblichen Informationen über nationale Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung in Bereichen zu versorgen, in denen die Gesetzgebung der Gemeinschaft nicht eingeführt worden ist, wie sozialer Schutz (einschließlich sozialer Sicherheit), soziale Dienstleistungen und Vergünstigungen, Bildung sowie Zugang zu und Versorgung mit Waren und Dienstleistungen. Der/die Vertragspartner/in wird außerdem die Anwendung und Auswirkung der bestehenden Gesetzgebung zur Antidiskriminierung untersuchen.

Fristende für das Einreichen von Angeboten: 12. September 2005.

Weitere Informationen [auf Deutsch]:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/fundamental_rights/callspt/calls_de.htm

EUROPÄISCHES PARLAMENT WILL PROGRESS IM PLENUM DISKUTIEREN

Am 06. September wird die Vollversammlung des Europäischen Parlaments den Bericht von Karin Jöns:

(<http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?PUBREF=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2005-0199+0+DOC+WORD+V0//EN&L=EN&LEVEL=3&NAV=S&LSTDOC=Y>)

über den Vorschlag, ein Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und soziale Solidarität – PROGRESS - einzuführen, diskutieren. In dem Bericht wird bemerkenswerterweise festgestellt, dass "die Einbeziehung von auf regionaler, nationaler und EU-Ebene aktiver NGOs für die erfolgreiche Umsetzung der allgemeinen Ziele des Programms wichtig sei und sie deshalb eine wichtige Rolle als relevante EU-Netzwerke bei der Gestaltung, Umsetzung und Überprüfung des Programms spielen sollten". Darin wird auch die Organisation eines jährlichen Forums für alle interessierten Parteien vorgeschlagen, zur Auswertung des Fortschritts beim Erfüllen der sozialpolitischen Agenda und zur Umsetzung der individuellen Bereiche des PROGRESS-Programms, einschließlich der Präsentation von Ergebnissen und des Dialogs über zukünftige Prioritäten.

In dem Bericht wird vorgeschlagen, dass der voraussichtliche Finanzrahmen (der Referenzbetrag ist voraussichtlich, bis eine Entscheidung zur finanziellen Perspektive erreicht worden ist) für die Umsetzung dieses Gemeinschaftsprogramms mit € 854,2 Millionen eingestuft (anstelle von € 628,8 Millionen, wie von der Kommission vorgeschlagen) wird, für einen Zeitraum von sieben Jahren, beginnend am 01 Januar 2007.

Einen Tag später könnte das Europäische Parlament möglicherweise den Bericht von Eva-Britt Svensson (A6-0250/2005):

(<http://www2.europarl.eu.int/omk/sipade2?PUBREF=-://EP//NONSGML+REPORT+A6-2005-0250+0+DOC+WORD+V0//EN&L=EN&LEVEL=2&NAV=S&LSTDOC=Y>)

zu Geschlechterdiskriminierung und Gesundheitssystemen diskutieren.

AUFPOLIERTE WEBSITE VON "STOP-DISCRIMINATION" JETZT ONLINE

Am 01. August – zwei Jahre nach dem Beginn der EU-Antidiskriminierungskampagne – wurde die Website von stop-discrimination mit einer neuen Aufmachung wieder aufgelegt. Die Menüstruktur ist optimiert worden, um Benutzbarkeit und leichtere Navigation trotz des auf dem Online-Portal angebotenen immerwährend wachsenden Informationsumfangs zu gewährleisten. Darüber hinaus ermöglicht das neue Service Navigationsmenü den direkten Zugang auf die Website in anderen EU-Sprachen wie auch zu länderspezifischen Informationen.

Siehe: <http://www.stop-discrimination.info/>
[auch in deutscher Fassung]

DEN EU-PROZESS DER SOZIALEN EINBEZIEHUNG VORAN BRINGEN

Der unabhängige Bericht zu "Taking Forward the EU Social Inclusion Process" [Den EU-Prozess der sozialen Einbeziehung voran bringen] ist jetzt verfügbar. Eine Vorabfassung wurde auf einer Konferenz in Luxemburg vom 13. bis 14. Juni 2005 vorgestellt und diskutiert. Die Autoren/innen haben die von Konferenzteilnehmern/innen vorgetragenen wertvollen Kommentare berücksichtigt und die letzten politischen Entwicklungen in der EU berücksichtigt.

Der endgültige Bericht kann von zwei Adressen gedownloadet werden:

Luxemburgs Ministerium für Familie und Integration (www.fm.etat.lu), das das Projekt in Auftrag gab [in französischer Sprache],

CEPS/INSTEAD Forschungsinstitut (www.ceps.lu/eu2005_lu/inclusion), das mit der gesamten wissenschaftlichen Koordination betraut war [in englischer Sprache].

EIN LEITFADEN FÜR NGOS, UM AN FÖRDERMITTEL DER EU ZU KOMMEN

"Accessing Europe's largest donor" [Zugang zu Europas größtem Geldgeber] heißt die 11. Ausgabe des Leitfadens [auf Englisch] zur EU-Förderung für NGOs, herausgegeben von ECAS, dem europäischen Bürgeraktionsdienst. Es ist ein Handbuch für Organisationen, die mehr über die EU-Finanzierung, Stiftungen, Struktur- und Kohäsionsfonds, interne und externe Haushaltsinformationen lernen wollen.

Um diese Veröffentlichung zu bestellen (Preis: € 29), nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf, ECAS, rue du Prince Royal 83, B-1050 Brüssel, Fax: : 00 32 2548 04 99, E-Mail: publication@ecas.org .

ECAS engagiert sich auch, seine Kenntnis Organisationen zur Verfügung zu stellen, die eine EU-Finanzierung anstreben. Um mehr zu erfahren, was ECAS leisten kann, besuchen Sie bitte die Website von ECAS [auf Englisch] unter: <http://www.ecas.org> .

ZENTRAL- UND OSTEUEPÄISCHER FUNDRAISING-ARBEITSKREIS

Glauben Sie, dass da draußen alle die Menschen sind, die ihre NGO unterstützen möchten, aber Sie nicht sicher sind, wie sie zu finden sind?

Sie wissen, wer ihre Unterstützer/innen sind, aber nicht sicher, wie man ihnen näher kommt?

Sind Sie stolz auf eine erfolgreiche Kampagne und möchten Ihre Erfahrungen teilen?

Möchten Sie die letzten Trends und Innovationen beim Fundraising [Geldbeschaffung] in aller Welt kennen lernen?

Wie steht es damit, sich mit Ihren Kollegen/innen in CEE [Central and Eastern European Countries = zentral- und osteuropäische Staaten] wie auch mit international anerkannten Fundraising Spezialisten/innen auszutauschen?

Was werden Sie dort vorfinden?

- Haarscharfes europäisches und internationales Wissen, das Sie unmittelbar in Ihre NGO einbringen können.

- Fundraising-Strategien und -Techniken, um die Wirksamkeit Ihrer Geldbeschaffung zu verbessern.
- Einen Eindruck, was in der Fundraising/philanthropischen [menschensfreundlichen] Szene in der Region und darüber hinaus passiert.
- Die wesentlichen Punkte und mehr über Fundraising als Beruf.
- Ein Forum zum Erfahrungsaustausch und Netzwerkarbeit unter NGO-Führern/innen, Spendern/innen, Fundraising-Experten/innen und Unterstützern/innen.

Was werden Sie dort machen?

- Und Arbeitskreissitzungen teilnehmen
- Versuchen Sie sich unmittelbar an einer neuen Technik.
- Hören Sie zum ersten Mal Forschungsergebnisse und nützliche Informationen aus der zentral- und osteuropäischen Region.
- Lernen Sie Fallstudien und bewährte Praktiken aus der Region kennen.
- Nutzen Sie die Chance, Auszeichnungen und Anerkennung zu erhalten.
- Erhalten Sie personalisierte Dienstleistungen von den Experten/innen.

Weitere Informationen [auf Englisch] unter:

www.csdf.hu/workshop2005